

*Patrice Dreiski**

Energiesicherheit aus der Perspektive der OSZE

Energiesicherheit gehört zu den topaktuellen Themen in der heutigen Politik. Die immense Bedeutung von Energie für unser modernes Leben ist unbestreitbar. Energie ist der Garant für unseren hohen Lebensstandard und die Grundlage unserer Wirtschaftsleistung. Es ist für uns heute selbstverständlich, dass uns Energie, wann immer wir sie brauchen, zur Verfügung steht. Die Energienachfrage wird bei anhaltendem Wirtschaftswachstum und steigendem durchschnittlichem Lebensstandard noch weiter zunehmen. Zuverlässigen Voraussagen zufolge wird sich die Weltbevölkerung bis zum Jahr 2050 von heute rund sechs auf circa zehn Milliarden Menschen annähernd verdoppeln. Dies wird mit aller Sicherheit zu größerer Importabhängigkeit, höheren Preisen und Unsicherheiten in der Energieversorgung führen.

In den vergangenen Jahren war ein Wiederanstieg des Interesses am Thema Energiesicherheit zu beobachten, das sich nicht nur auf Stabilität und Vorhersagbarkeit von Preisen, kommerzielle Vereinbarungen und Infrastrukturprojekte beschränkt. Energiesicherheit wird vielmehr als integraler Bestandteil eines umfassenden Sicherheitsbegriffs, wie ihn die OSZE vertritt, verstanden. Auf der politischen Agenda der OSZE-Teilnehmerstaaten steht Energiesicherheit ganz oben. Sie ist nicht nur die Grundlage ihres Wirtschaftswachstums, sondern sie versetzt sie auch in die Lage, Armut zu verringern, ihre Sozialleistungen zu erhöhen und ihre politische Unabhängigkeit zu gewährleisten. Zur selben Zeit trat eine Reihe neuer Bedrohungen und Herausforderungen zutage, die bei der Gestaltung nationaler und multilateraler Sicherheitsstrategien die Berücksichtigung zahlreicher Faktoren erforderlich machen.

In den kommenden 20 Jahren werden fossile Energieträger weiterhin den weltweiten Energieverbrauch dominieren und rund 85 Prozent des Anstiegs der weltweiten Primärnachfrage ausmachen. Öl wird nach wie vor der meistgenutzte Brennstoff bleiben, auch wenn sein Anteil prozentual geringfügig abnehmen wird. Die Nachfrage nach Erdgas wird in naher Zukunft steigen. Der interregionale Handel expandiert weltweit, insbesondere seit der Entwicklung von Flüssigerdgas (LNG). All dies erhöht nicht nur die Bedeutung der Transitländer, sondern insbesondere auch derjenigen Länder, die sich zu maritimen Drehscheiben entwickelt haben.

Die Regierungen stehen mit ihrer Energiepolitik vor neuen Herausforderungen. Seit der ersten Energiekrise hat sich vieles verändert. Wir können nicht länger sicher sein, dass die heutige nationale Energiepolitik der einzelnen Länder auch in Zukunft den sicheren Zugang zu Energieressourcen gewähr-

* Die in dem Beitrag geäußerten Ansichten geben ausschließlich die Meinung des Autors wieder und stellen keine offizielle Position der OSZE dar.

leisten, die steigende Energienachfrage mit der wachsenden Energieabhängigkeit in Einklang bringen und uns vor Energieengpässen schützen kann.

Die heutigen Wirtschafts- und Umweltbedingungen zwingen uns, nach regionalen und globalen Möglichkeiten zur Bewältigung langfristiger Gefährdungen der Energiesicherheit zu suchen, die auf erneuerbaren, effizienten und ökologisch vertretbaren Technologien beruhen. Dazu müssen der Energiedialog vertieft, die interregionale und interinstitutionelle Zusammenarbeit ausgebaut sowie verstärkt gemeinsame Maßnahmen und eine multilaterale Energiepolitik entwickelt werden.

Als regionale Sicherheitsorganisation trägt die OSZE dazu bei, dass sich die Sichtweisen der Teilnehmerstaaten allmählich einander annähern und dass sie sich zunehmend der gemeinsamen Interessen in den drei Dimensionen der Organisation bewusst werden: der politisch-militärischen Dimension, der Wirtschafts- und Umweltdimension und der menschlichen Dimension. Die OSZE ist eines der wichtigsten Instrumente zur Frühwarnung, Konfliktverhütung, Krisenbewältigung und Stabilisierung der Lage in der Konfliktfolgezeit. Da sie in erster Linie eine politische Organisation ist, sind wir davon überzeugt, dass sie auch im Bereich Energiesicherheit eine konfliktverhütende Funktion wahrnehmen kann, da gerade Fragen der Energiesicherheit zu Spannungen, Auseinandersetzungen und Krisen zwischen Staaten führen können.

Die OSZE hat nicht die Absicht, eine internationale Energieorganisation zu werden. Das auf dem Maastrichter Ministerratstreffen im Jahr 2003 verabschiedete OSZE-Strategiedokument für die Wirtschafts- und Umweltdimension nennt jedoch einige Aufgaben, die die OSZE im Energiebereich übernehmen könnte. So wird die OSZE dazu aufgefordert, ihre Funktion als Plattform für den multilateralen politischen Dialog und ihre Feldpräsenzen dazu zu nutzen, ihre Teilnehmerstaaten verstärkt für Energiefragen zu sensibilisieren und sie zu einem Dialog über Energiefragen und zu Bemühungen um die Diversifizierung der Energieversorgung zu ermutigen; ihre diesbezüglichen Kapazitäten sollen verbessert und ihr politischer Wille dazu gestärkt werden. 2006, 2007 und 2009 verabschiedete der OSZE-Ministerrat drei Beschlüsse, die die besondere Rolle der OSZE im Bereich Energiesicherheit hervorheben: einen Beschluss über den Energiesicherheitsdialog in der OSZE, einen Beschluss über den Schutz kritischer Energieinfrastrukturen vor Terroranschlägen und einen Beschluss über die Stärkung des Dialogs und der Zusammenarbeit zum Thema Energiesicherheit im OSZE-Raum.

Als Regionalorganisation mit 56 Teilnehmerstaaten, zu denen wichtige Erzeuger-, Verbraucher- und Transitländer gehören, hat die OSZE für die Förderung eines umfassenden Konzepts zur Energiesicherheit, das alle Phasen der Wertschöpfungskette abdeckt und sowohl Herkunfts-, Transit- und Empfängerländer als auch alle relevanten Interessengruppen, einschließlich des privatwirtschaftlichen Sektors und der Zivilgesellschaft, einbezieht, besonders gute Voraussetzungen.

Dass eine nachhaltige Energieversorgung ebenso wie Energieeffizienz für eine nachhaltige wirtschaftlicher Entwicklung besonders wichtig sind, wird im Mandat der OSZE in der Wirtschafts- und Umweltdimension besonders hervorgehoben.

Energiesicherheit steht auf der globalen politischen Agenda ganz oben und wird dort auch bleiben; ob es gelingt, gemeinsame Strategien zur Verbesserung der Energiesicherheit zu entwickeln, hängt u.a. von der Zusammenarbeit zwischen den entsprechenden internationalen Organisationen ab.

Was ist Energiesicherheit? Das „Prinzip der drei Ps“

Das Produkt: Sind die wichtigsten Energierohstoffe verfügbar? Werden sie vom Produzenten durchgehend (physisch) zur Verfügung gestellt? Können die Angaben zu den geschätzten Rohstoffreserven als zuverlässig gelten? Vor allem für diesen Teil der Definition von Energiesicherheit sind die Kriterien guter Regierungsführung relevant, insbesondere das Prinzip der Transparenz. In welcher Höhe sind Investitionen, insbesondere in vorgelagerte Produktionsstufen wie die Erschließung und die Förderung der Rohstoffe, erforderlich, um die Verfügbarkeit von Energie sicherzustellen? Können sich die Förderländer solche Investitionen wirtschaftlich leisten oder ist die Beteiligung ausländischer Konzerne notwendig? Wie weit geht die Bereitschaft des Erzeugerlandes, ausländische Investitionen in einen Sektor zu akzeptieren, der als strategisch gilt?

Die Produktionsstätte: Wo ist der Energierohstoff verfügbar? Ist die Produktionsstätte leicht erreichbar oder eher entlegen und aufgrund geologischer Bedingungen nur schwer zugänglich? Erfordert der Export bzw. Import den Transit durch Drittländer? Gibt es alternative Transportrouten? Wie ist die Transitphase organisiert? Wie hoch ist das Risiko, dass es zu Lieferunterbrechungen kommt? Ist es leicht beherrschbar? Könnte die Transitphase durch bestimmte Investitionen umgangen werden? Könnten Verbraucherländer sich solche Investitionen leisten? Wer ist Eigentümer des Transportnetzes?

Der Preis: Zu welchem Preis ist die Energie erhältlich? Wer bestimmt den Preis, insbesondere den Preis für Erdgas? Gibt es Preisgarantien für langfristige Lieferverträge? Wie transparent sind diese Verträge gestaltet? Welche Rolle spielen staatliche Stellen? Enthalten die Verträge Gegenseitigkeitsklauseln wie z.B. Reinvestitionen in den Energiesektor?

Der Preis ist maßgeblich für die Bereitschaft und die Fähigkeit der Erzeugerländer, in vorgelagerte Produktionsstufen und in den Transport zu investieren. Dies ist vor allem vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzkrise von Bedeutung. Festpreise sind wichtig, um die langfristigen Investitionskapazitäten der energieproduzierenden Länder gewährleisten zu können.

Auf der Grundlage dieser vorläufigen Definition ist Energiesicherheit für ein Land oder eine Gruppe von Ländern dann gegeben, wenn die „drei Ps“ gewährleistet sind; ist eines oder sind mehrere davon nicht erfüllt, nur schwach ausgeprägt oder in Frage gestellt, ist die Energieversorgung nicht gesichert. Wie bereits erwähnt, bringt die OSZE Staaten an einem Tisch zusammen, zu denen einige der größten Energieverbraucher, der bedeutendsten Energieproduzenten und wichtige Transitländer gehören. Angesichts dieser Energieinterdependenz zwischen den OSZE-Teilnehmerstaaten sollten Verlässlichkeit und Stabilität in Energiefragen unsere gemeinsamen Ziele sein.

Zukünftige Risiken und Herausforderungen für die Energiesicherheit und ihre Auswirkungen auf die zwischenstaatlichen Beziehungen

Weltweites Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage

Gemäß dem Referenzszenario der Internationalen Energieagentur (IEA) wird der weltweite Energiebedarf im Jahr 2030 fast 60 Prozent höher sein als heute, wenn die Regierungen an ihrer derzeitige Politik festhalten. Fossile Brennstoffe werden weiterhin den globalen Energiemix dominieren und den Anstieg der Gesamtenergienachfrage auch größtenteils abdecken können. Der Anteil der Nuklearenergie und derjenige der erneuerbaren Energien werden laut diesem Szenario begrenzt bleiben.

Dieselbe Studie stellt fest, dass die Energieressourcen der Erde mehr als ausreichend sind, um die Nachfrage bis 2030 und darüber hinaus zu decken. Fossile Brennstoffe sind zwar begrenzt, aber bei weitem noch nicht erschöpft; der Welt geht das Öl noch nicht aus: Die meisten Schätzungen gehen davon aus, dass die nachgewiesenen Ölreserven groß genug sind, um den für die nächsten drei Jahrzehnte vorausgesagten wachsenden weltweiten Bedarf zu decken. Weniger sicher ist allerdings, wie teuer die Förderung der Rohstoffe und deren Transport zu den Verbrauchern in Zukunft sein werden. Zwei Drittel der Zunahme der weltweiten Energienachfrage werden auf die Schwellenländer entfallen, auf die 2030 die Hälfte der Gesamtnachfrage zurückgehen wird, ein großer Teil davon auf China und Indien.

Große Sorgen um die Energiesicherheit rufen jedoch die prognostizierten Trends in der geographischen Verteilung von Produzenten und Verbrauchern hervor. Die weltweite Anfälligkeit für Lieferunterbrechungen wird in dem Maße zunehmen, in dem der Welthandel expandiert. Das Wachstum der Nachfrage macht ein entsprechendes Wachstum der Investitionen in den Energiesektor erforderlich.

Zunehmende geographische Konzentration des Energieangebots: Die weltweite Ölproduktion verlagert sich weg von den OECD-Ländern

Die Mitgliedsländer der Organisation erdölexportierender Länder (OPEC), vor allem in Nahen Osten, werden den größten Teil der Zunahme der weltweiten Ölnachfrage durch steigende Produktion decken können. Die OPEC wird mit der Deckung der Hälfte des weltweiten Ölbedarfs sogar einen höheren Anteil an den Lieferungen haben als in den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts.

Der interregionale Nettoenergiehandel wird sich bis 2030 mehr als verdoppeln. Insgesamt 26 Millionen Barrel Erdöl und LNG fließen heute täglich durch die Straße von Hormus am Ausgang des Persischen Golfs. Ungefähr dieselbe Menge fließt ebenfalls täglich durch die Straße von Malakka in Südostasien. Der Transport durch diese Meerengen und andere wichtige Kanäle wird sich in diesem Zeitraum mehr als verdoppeln.

Fossile Brennstoffe werden den globalen Energieverbrauch weiterhin dominieren und rund 85 Prozent der Zunahme der weltweiten Nachfrage nach Energie ausmachen. Öl wird der meistgenutzte Brennstoff bleiben, auch wenn sein Anteil prozentual leicht abnehmen wird. Laut IEA wird Öl bis 2030 für den Straßen-, See- und Luftverkehr aufgrund begrenzter Substitutionskapazitäten wahrscheinlich nur wenig Konkurrenz durch andere Brennstoffe zu befürchten haben.

Der weltweite Verbrauch von Erdgas wird sich bis 2030 fast verdoppeln und den Verbrauch von Kohle bereits im nächsten Jahrzehnt einholen; ein rascher Anstieg der Nachfrage ist vor allem in Afrika, Lateinamerika und den Schwellenländern Asiens zu erwarten. Quantitativ wird der größte Anstieg des Gasverbrauchs in erster Linie auf die OECD-Märkte und die Schwellenländer entfallen.

In den neuen thermischen Kraftwerken wird Gas aus Umweltschutzgründen, aufgrund der geringeren Investitionskosten und infolge seiner größeren Flexibilität heute der Kohle vorgezogen. In Russland und im Nahen Osten, wo sich zusammengenommen die weltweit größten nachgewiesenen Gasreserven befinden, wird die Gasproduktion steigen. Neue Perspektiven auf dem Gasmarkt werden sich aus der erst kürzlich entwickelten Gasproduktion aus „unkonventionellen Vorkommen“ in Nordamerika sowie aus der Verflüssigung von Erdgas ergeben.

Umweltschutz

Wenn sich an der gegenwärtigen Politik nichts ändert, wird der energiebedingte Kohlendioxidausstoß weiterhin erheblich zunehmen und die Wachstumsrate beim Energieverbrauch sogar geringfügig übersteigen.

Der Kohlendioxidausstoß wird 2030 um mehr als 60 Prozent höher liegen als heute. Die durchschnittliche weltweite Energieeffizienz ist in den letzten drei

Jahrzehnten zwar erheblich gestiegen, wird sich ab jetzt aber kaum noch verändern. Zwei Drittel der prognostizierten Zunahme der Emissionen werden zukünftig auf die Entwicklungsländer entfallen, die auch weiterhin in großem Umfang Kohle zur Energieerzeugung nutzen werden. Kraftwerke sowie der PKW- und LKW-Verkehr werden für den größten Teil der Zunahme energiebedingter Emissionen verantwortlich sein, wenn wir unsere Gewohnheiten bei der Erzeugung und beim Verbrauch von Energie nicht radikal ändern. Die Wachstumsraten beim Ausstoß von Kohlendioxid rücken die Frage nach der Umweltverträglichkeit in den Mittelpunkt. Ein wirklich nachhaltiges Energiesystem erfordert einen erheblichen technologischen Durchbruch sowie weitblickendere Strategien zur Steigerung der Energieeffizienz.

Die weltweiten Ressourcen verfügbar zu machen erfordert massive Investitionen

Nach Angaben der IEA wird die Deckung der prognostizierten Nachfrage Investitionen in Höhe von rund 570 Milliarden US-Dollar jährlich erfordern, wobei der größte Teil auf den Subsektor Elektrizität entfällt. Rund die Hälfte der Gesamtinvestitionen wird auf die Entwicklungsländer entfallen; ihre größte Herausforderung wird darin bestehen, das dafür notwendige Kapital aufzubringen, da ihr Bedarf im Vergleich zur Größe ihrer Volkswirtschaften höher und das Investitionsrisiko größer ist.

Die größte Bedrohung für die Zukunft stellen möglicherweise zu niedrige Investitionen dar. Die vorhandenen Kapazitäten zur Erdölförderung sind in den vergangenen Jahren sukzessive zurückgegangen. In den meisten der Teilen der Welt gibt es in der Ölindustrie keine Überkapazitäten mehr. Hier sind massive Investitionen notwendig.

Nach Schätzungen der IEA wird der vorgelagerte Öl- und Gassektor in den Jahren 2010 bis 2035 rund elf Billionen US-Dollar benötigen, davon 80 Prozent allein zur Aufrechterhaltung des heutigen Umfangs der Produktionskapazitäten. Davon werden sowohl Mitglieder als auch Nichtmitglieder der OECD betroffen sein. In den OECD-Staaten muss vor allem die Infrastruktur im Bereich der Produktveredelung ausgetauscht werden. In den nicht der OECD angehörenden Staaten – bei denen es hier vor allem um die Länder im OSZE-Gebiet geht – wird es dagegen notwendig sein, eine komplett neue Infrastruktur aufzubauen; dies gilt vor allem für das Verkehrs- und Transportwesen. Im Gassektor sind in erster Linie Investitionen in das Transportnetz erforderlich, das nötig ist, um das Gas auf die Märkte zu bringen.

In den vergangenen Jahrzehnten gab es einige spektakuläre technische Fortschritte bei der Erschließung von Lagerstätten. In weit entfernten oder unwirtlichen Gegenden wie z.B. tiefen Gewässern oder arktischen Regionen stößt die Rohstoffförderung jedoch an technische Grenzen. Zudem stellt sich hier auch die Frage der Wirtschaftlichkeit.

Unsichere Schlüsselparameter

Ob Investitionen in der gewünschten Höhe getätigt werden, hängt u.a. davon ab, wie sicher oder unsicher bestimmte Schlüsselparameter sind. Für große Unsicherheit sorgt vor allem die zukünftige Ölpreisentwicklung: Die Preise für Erdöl und Erdölveredelungserzeugnisse sind seit 1999 stark gestiegen, ihren nominalen Höchststand erreichten sie 2008. Die IEA geht davon aus, dass der Preis für in die IEA-Länder importiertes Öl bis 2030 im Durchschnitt 35 US-Dollar pro Barrel betragen wird. Geopolitische Faktoren machen solche Berechnungen allerdings unsicher.

Die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise wird sich zweifellos direkt auf die Investitionskapazitäten der Produzenten und damit auch auf die Energiesicherheit auswirken.

Gleichzeitig bleiben Unsicherheiten hinsichtlich des genauen Umfangs der Reserven bestehen. Ebenso bleibt der Energietransport vom Erzeuger zum Verbraucher ein sensibles Thema, das politische Regelungen erfordert.

Die Notwendigkeit sicherer und verlässlicher rechtlicher Rahmenbedingungen

Ein weiterer Grund dafür, dass Investitionen im Energiesektor noch immer deutlich zu niedrig sind, sind unzureichende nationale und internationale rechtliche Rahmenbedingungen.

Naturressourcen, insbesondere Energierohstoffe, fallen für die meisten Regierungen in den Bereich nationaler Souveränität. Während Deregulierung, Privatisierung und Liberalisierung insgesamt erwünscht sind, wird die Art und Weise ihrer Durchführung jedoch oftmals wieder zu einem Faktor der Instabilität.

Energiearmut

Große Sorgen bereitet auch der ungenügende Zugang eines großen Teils der Entwicklungsländer zu Energierohstoffen. Mehrere Länder, darunter auch einige OSZE-Teilnehmerstaaten, haben erhebliche Probleme, die Versorgung der Bevölkerung mit der benötigten Menge an Energie zu gewährleisten. Zur Bewältigung dieser Herausforderungen sind enorme Investitionen notwendig.

Die Stärkung der internationalen Zusammenarbeit zur Gewährleistung der Energiesicherheit im OSZE-Gebiet

Energiesicherheit ist eines der wichtigsten globalen Themen unserer Zeit. Auch für die OSZE-Staaten ist sie ein wichtiges Sicherheitsinteresse, das an-

gesichts des umfassenden Sicherheitsbegriffs der OSZE nicht ausgeblendet werden kann.

Seit 2006 hat die OSZE in Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen, die sich mit dem Thema befassen, zahlreiche Maßnahmen zur Umsetzung der verschiedenen Beschlüsse zur Energiesicherheit ergriffen. Diese Maßnahmen haben bestätigt, dass der umfassende Sicherheitsbegriff der OSZE auch auf Energiefragen anwendbar ist.

Energiesicherheit hat sich auch für die erfolgreiche Zusammenarbeit der OSZE-Staaten untereinander als wichtig erwiesen. Die Beachtung, die die internationale Gemeinschaft Energieversorgungsfragen schenkt, das wachsende Bewusstsein für die ökologischen Folgen des Klimawandels und der Zusammenhang zwischen Klimawandel und dem Gebrauch fossiler Brennstoffe haben die politische Bedeutung der Energiefrage erhöht.

Das Mandat der OSZE erstreckt sich auch deshalb auf den Bereich Energie, weil er direkten Einfluss auf die Beziehungen zwischen den OSZE-Teilnehmerstaaten hat. Energiesicherheit wirkt sich nicht zuletzt infolge der zunehmenden Interdependenz zwischen Erzeuger-, Verbraucher- und Transitländern unmittelbar auf die Stabilität der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen den Staaten aus.

Im Zuge des 2009 unter griechischem OSZE-Vorsitz ins Leben gerufenen Korfu-Prozesses wurde überprüft, inwieweit Energiesicherheit für die Zusammenarbeit relevant ist.

Das Jahr 2010 ist der richtige Zeitpunkt dafür, über die verschiedenen Aspekte von Energiesicherheit im OSZE-Gebiet nachzudenken und sich die Lehren der letzten Jahre zu vergegenwärtigen, um so den Dialog über Energiesicherheit zwischen den OSZE-Teilnehmerstaaten zu vertiefen. Diesem Ziel diente auch die am 13. und 14. September 2010 in Vilnius veranstaltete Konferenz zur Umsetzung des Ministerratsbeschlusses über die Stärkung des Dialogs und der Zusammenarbeit zum Thema Energiesicherheit im OSZE-Raum, der Anfang Dezember 2009 in Athen verabschiedet worden war.

Unserer Ansicht nach sollte der zwischen den OSZE-Teilnehmerstaaten geführte Dialog über Energiesicherheit anhand ausgewählter Themen und nur in enger Zusammenarbeit mit denjenigen internationalen Organisationen ausgebaut werden, die sich mit Energiesicherheit befassen.

Im Mittelpunkt der Diskussion über das Thema Liefersicherheit stehen die für eine termingerechte Lieferung der benötigten Mengen notwendigen Kapazitäten des Verteilernetzes. Lieferunterbrechungen sind den Teilnehmerstaaten ein steter Anlass zur Sorge und könnten daher auch jenseits rechtlicher und handelspolitischer Verpflichtungen entsprechend thematisiert werden.

Auch das Ausmaß möglicher Unterbrechungen könnte ungeachtet ihrer Ursachen – technische Probleme, Terroranschläge, politische Streitigkeiten oder Naturkatastrophen – angesprochen werden. Dabei könnte die Rolle staatlicher Stellen und privater Unternehmen im Zusammenhang mit den zur Verfügung

stehenden Kapazitäten ebenso zur Sprache gebracht werden wie die Mittel und Wege, die nötig sind, um auf solche Bedrohungen reagieren zu können. Die Initiative mehrerer OSZE-Teilnehmerstaaten zur Verhütung und Behebung von Lieferunterbrechungen, insbesondere im kontinentalen Gasnetz, verdient in diesem Zusammenhang besondere Beachtung.

Potenzielle Bedrohungen kritischer Energieinfrastrukturen

Bislang waren Energieinfrastruktureinrichtungen noch nicht das Ziel terroristischer Bedrohung. Dennoch ist die Gefahr von Lieferunterbrechungen infolge eines Terroranschlags auf Infrastrukturnetze hoch. Zudem dienen manche Infrastruktureinrichtungen sowohl militärischen als auch zivilen Zwecken, was sie möglicherweise als Ziel besonders attraktiv macht. Naturkatastrophen und ihre Folgen für kritische Infrastrukturen sollten ebenfalls in die Betrachtungen mit einbezogen werden. Die OSZE hat in diesem Bereich bereits einige Maßnahmen entwickelt und wird die Zusammenarbeit auf Wunsch der Teilnehmerstaaten ausweiten.

Die rechtlichen Grundlagen zur Regulierung des Energiemarktes könnten ebenfalls Gegenstand der Diskussion sein, insbesondere mit Blick auf eine stabile Energieversorgung und auf die Transitphase. Über einen geeigneten und wirksamen Rechtsmechanismus, der von den meisten Ländern akzeptiert und entsprechend verabschiedet wird, muss weiterhin nachgedacht werden. Dabei verdient die Weiterentwicklung des Vertrags über die Energiecharta besondere Beachtung.

Die rechtliche Regelung der Transitphase ist ein wichtiger Bestandteil von Energiesicherheit; sie ist für die OSZE-Teilnehmerstaaten insofern von besonderer Bedeutung, als viele von ihnen entweder von Transitländern abhängen oder selbst Transitländer sind. Rechtliche Aspekte der Transitphase müssen ebenso Berücksichtigung finden wie die rechtlichen Beziehungen zwischen Erzeuger-, Transit- und Verbraucherländern.

In dieser Hinsicht hat die OSZE als Regionalorganisation Interesse an einem abgestimmten Vorgehen bei der Erschließung neuer bzw. alternativer Transportrouten, insbesondere mit Blick auf die Entwicklungen im Kaspischen Becken und den weiteren Ausbau des Energietransportnetzes zwischen Eurasien und den Ländern Mittel- und Südeuropas. Diese Fragen waren auch Thema einer Konferenz über die Stärkung der regionalen Zusammenarbeit in Zentralasien, die am 3. und 4. Mai 2010 in Aschgabad stattgefunden hat.

Steigerung der Energieeffizienz, Energieeinsparungen und die Option erneuerbarer Energiequellen

Energieeinsparungen könnten eine finanziell günstigere und umweltverträglichere Option zur Deckung der Energienachfrage darstellen. Bemühungen um eine Steigerung der Energieeffizienz und um größerer Energieeinsparungen

könnten erheblich dazu beitragen, die Energieintensität der wirtschaftlichen Entwicklung zu senken, und würden damit die Energiesicherheit erhöhen. Eine höhere Energieeffizienz und verstärkte Energieeinsparungen reduzieren die Belastung der Infrastruktur und tragen infolge des verringerten Ausstoßes von Treibhausgasen und Schadstoffen zu einer gesünderen Umwelt bei.

Besondere Aufmerksamkeit könnte dem Ausbau alternativer und saubererer kohlenstoffarmer Energiequellen geschenkt werden. Die OSZE unterstützt die Nutzung erneuerbarer Energien und die Weiterentwicklung innovativer Energietechnologien.

Die OSZE könnte den Dialog über Energiesicherheit nicht nur in den eigenen Reihen, sondern auch mit anderen einschlägigen Organisationen und Experten vertiefen, so z.B. mit der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (UNECE), der IEA, dem Energiechartasekretariat (ECS), dem Internationale Energieforum, der Europäischen Kommission, der Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation (BSEC), dem Sekretariat der Energiegemeinschaft sowie mit Branchenverbänden wie z.B. EUROGAS.

Synergiepotenziale in der internationalen Zusammenarbeit im Bereich Energiesicherheit

Die Sicherheit der Energieversorgung ist für viele Länder Anlass zur Sorge, gleichzeitig ist sie aber auch der Grund für die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Interessengruppen. Die OSZE ist bereit, sich als politische Plattform für die Zusammenarbeit im Bereich Energiesicherheit zur Verfügung zu stellen. In Gestalt ihrer Feldoperationen ist die OSZE in Südosteuropa ebenso präsent wie in Osteuropa, im Kaukasus und in Zentralasien und kann so als regionale Sicherheitsorganisation konkrete Arbeit leisten. Dieses vom politischen Willen aller 56 OSZE-Teilnehmerstaaten getragene Engagement erfordert jedoch auch die vertiefte Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen, darunter nicht nur die soeben genannten, sondern auch die OPEC und die NATO.

Der komparative Vorteil der OSZE erbringt dann einen echten Mehrwert, wenn sie als politische Plattform für die Zusammenarbeit mit anderen einschlägigen Organisationen genutzt wird.

Die Arbeit der OSZE im Energiebereich, die in erster Linie vom Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE (OCEEA) wahrgenommen wird, erfolgt bereits heute in enger Kooperation mit den im Folgenden kurz vorgestellten multilateralen Organisationen.

Die Internationalen Energieagentur (IEA): Die Mitgliedschaft der in Paris ansässigen Agentur stimmt weitgehend mit derjenigen der OECD überein. Die IEA ist führend in der Erstellung von Energieprognosen und der Erarbeitung strategischer Leitlinien für die Industrieländer. Die Agentur wurde 1974 unmittelbar nach der ersten Ölkrise mit dem Ziel geschaffen, das Risiko

von Öllieferungsunterbrechungen zwischen ihren Mitgliedstaaten zu beseitigen. Gemäß ihrem Mandat hat die IEA Notfallpläne erarbeitet und ihre Mitgliedstaaten vor allem dazu verpflichtet, Ölvorräte anzulegen. Aufgrund der globalen Interdependenzen im Energiesektor beschränkt sich die IEA in Energiefragen nicht allein auf ihre Mitgliedstaaten, sondern hat einen globalen Energiedialog ins Leben gerufen, an dem Mitgliedstaaten ebenso beteiligt sind wie Nichtmitglieder. So sind beispielsweise auch die Russische Föderation und die übrigen Nachfolgestaaten der Sowjetunion in den Dialog eingebunden. Ursprünglich auf Erdöl konzentriert, schenkt die IEA heute auch dem an Bedeutung zunehmenden Gasmarkt erhöhte Aufmerksamkeit.

Das Energiechartasekretariat (ECS): Diese Organisation mit Sitz in Brüssel hat eine ähnliche Entstehungsgeschichte wie die OSZE; beide Organisationen arbeiten dank ihres vergleichbaren Mandats bereits eng zusammen. Das ECS sollte nach dem Ende des Kalten Krieges die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ost und West im Energiesektor fördern. Seine wichtigste Aufgabe ist die Implementierung des von 51 Ländern ratifizierten Vertrags über die Energiecharta. Dass die Russische Föderation den Vertrag bislang noch nicht ratifiziert hat, stellt den multilateralen rechtlichen Rahmen im Energiesektor allerdings in Frage.

Die Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (UNECE): Der Organisation, die ihren Sitz in Genf hat, gehören größtenteils dieselben Staaten an wie der OSZE. Mitarbeiter des OSZE-OCEEA beteiligen sich aktiv an allen Tätigkeiten der UNECE-Abteilung für nachhaltige Energie. Die UNECE hat kürzlich ihren Tätigkeitsschwerpunkt insbesondere auf Energiesicherheit, die Förderung erneuerbarer Energien und die Entwicklung einer Strategie zur Steigerung der Energieeffizienz in ihren Mitgliedstaaten verlegt.

Das Sekretariat der Energiegemeinschaft: Das in Wien ansässige Sekretariat der Energiegemeinschaft koordiniert die Arbeit der Energiegemeinschaft und unterstützt die Errichtung eines integrierten Energiemarktes für die Länder der Europäischen Union und für Nicht-EU-Länder wie z.B. Moldau und die Ukraine sowie für die Länder des westlichen Balkans. Das OSZE-OCEEA arbeitet eng mit dem Sekretariat der Energiegemeinschaft zusammen, zu dessen – ansonsten eher technischer – Tätigkeit auch Energiesicherheit gehört. Die Energiegemeinschaft nutzt entsprechend ihrem Gründungsdokument, dem Vertrag zur Gründung der Energiegemeinschaft, Energiefragen erfolgreich als Motor für die Integration von EU- und Nicht-EU-Staaten.

Die Europäische Union (EU): Die EU hat zahlreiche Energiestrategien entwickelt. Auch wenn das Grünbuch von 2006 die Entstehung gemeinsamer Energieprinzipien innerhalb der EU zumindest bis zu einem gewissen Maße gefördert hat, scheuen die EU-Länder aufgrund der sehr unterschiedlichen innenpolitischen Bedingungen noch immer vor einer gemeinsamen Energiepolitik zurück. Die EU fördert dennoch weiterhin die Entwicklung gemeinsamer Prinzipien im Energiesektor, wie z.B. den Wettbewerb und die Kopplung von Erzeugung und Übertragung von Energie. Sie trägt daher auch

durch den Aufbau von Energiekonzernen im EU-Maßstab zu der wichtigen Umstrukturierung des Energiesektors bei.

Die fortschreitende Liberalisierung des Gasmarktes hat zu mehr Wettbewerb und zu einer Modernisierung der Transport- und Verteilungsnetze im Gas- und in etwas geringerem Ausmaß im Elektrizitätssektor geführt und somit zur Verbesserung der Energiesicherheit im EU-Gebiet beigetragen. Dennoch bleibt das Ungleichgewicht zwischen Produktion und Verbrauch bestehen und die EU, deren Interesse in erster Linie stets dem EU-Binnenmarkt und der Förderung der EU-Marktregeln, einschließlich der Regeln für die Förderung erneuerbarer Energien, gilt, ist nach wie vor um die Nachhaltigkeit und Beständigkeit der vorhandenen Energieressourcen besorgt.

Die EU setzt sich sehr aktiv für alternative Transportrouten wie z.B. das Pipeline-Projekt Nabucco ein; die in diese Richtung zielenden Maßnahmen betreffen nicht nur die Energiepolitik der EU, sondern auch ihre Außenpolitik.

Die Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO): Die Allianz verabschiedete auf dem NATO-Gipfel im April 2009 in Straßburg/Kehl eine Erklärung, in der sie ihre Haltung zum Thema Energiesicherheit noch einmal bekräftigte. Die Erklärung spiegelte eine Entwicklung wider, die 2006 auf dem NATO-Gipfel in Riga begonnen hatte. Dort hatten die Staats- und Regierungschefs der NATO-Staaten den Rat in Ständiger Sitzung damit beauftragt, eine kohärente und geeignete Rolle für das Bündnis auf dem Gebiet Energiesicherheit zu definieren. Die Erklärung von Straßburg/Kehl bekräftigte die fortlaufende Unterstützung der NATO für Bemühungen, die auf die Förderung der Sicherheit der Energieinfrastruktur abzielen. Durch die Verknüpfung der Rolle der NATO mit der in Europa geführten Diskussion über die Diversifizierung von Versorgungsrouten will die NATO auf zwei Arten einen Mehrwert erbringen: erstens durch die Förderung der Diversifizierung der Versorgungswege und Energiequellen im gesamten, über Kontinentaleuropa hinausgehenden Bereich der NATO-Mitgliedschaft, einschließlich der wachsenden Rolle der Türkei als Energiedrehscheibe, und zweitens durch die Verknüpfung der Diversifizierung der Versorgungswege mit der Überwindung der Instabilität einiger Regionen und der potenziellen Bedrohungen durch Terrorakte oder Angriffe von Piraten in sensiblen Meerengen.

Es zeigt sich also, dass die Haltung der NATO mit derjenigen der OSZE absolut kompatibel ist, wenn es um den Schutz kritischer Energieinfrastruktur, insbesondere vor Terroranschlägen, geht.

Wie geht es weiter?

In den nächsten Jahren werden noch viele Beschlüsse zum Thema Energie erforderlich sein, mit denen die Weichen für die nächsten Jahrzehnte gestellt werden und die, wenn sie politisch gut abgestimmt sind, zur wirtschaftlichen

Stabilität der betreffenden Länder beitragen. Es gibt keine global agierende Organisation, die für Energiefragen zuständig ist; da Energie aber ein echtes Querschnittsthema ist, befassen sich etliche Organisationen jeweils aus einem spezifischen Blickwinkel damit. Dies sollte nicht als Doppelarbeit betrachtet werden, sondern vielmehr als notwendige Komplementarität.

Das Kernmandat der OSZE ist Sicherheit; wenn sie sich mit Energiefragen befasst, tut sie das aus einem sicherheitspolitischen Blickwinkel: Liefersicherheit, Transport- und Transitsicherheit und die Verhütung von Lieferunterbrechungen. Als Regionalorganisation ist die OSZE in vielen Ländern Eurasiens, in denen Energiefragen von besonderer Bedeutung sind, mit einer Feldpräsenz vertreten. Dies trifft auf Energieerzeuger- und Transitländer ebenso zu wie auf Staaten, deren Energiesituation prekär ist.

In ihrer Eigenschaft als politische Plattform kann die OSZE die Diskussion über den Ausbau alternativer Routen fördern. Als Regionalorganisation kann sie zu ähnlichen Formen einer engeren regionalen Zusammenarbeit ermutigen, wie es sie z.B. in Gestalt der Energiegemeinschaft in Europa bereits gibt. Als Organisation mit einem Mandat zur Krisenbewältigung kann die OSZE zur Lösung regionaler Streitigkeiten beitragen, in denen Energiefragen eine Rolle spielen.

Wie oben bereits hervorgehoben ist Energiesicherheit ein sehr komplexes Thema, das rechtliche, geopolitische, wirtschaftliche und technische Aspekte in sich vereint. Ein solch sensibles Thema erfordert eine enge internationale Zusammenarbeit; die OSZE ist bereit, das Ihre dazu zu tun.